

Handelsblatt

SCHULDENKRISSE

Die Staaten zahlen alles

Kapital ist ein scheues Reh. Weil sie diese alte Weisheit nicht verinnerlicht hat, manövriert sich die Bundesregierung immer tiefer in ein Dilemma. Nachdem die von Berlin vorangetriebene Diskussion über einen erzwungenen Forderungsverzicht für private Anleihegläubiger die Kurse irischer Staatsanleihen immer weiter nach unten gedrückt hatte, sahen sich Wolfgang Schäuble und seine europäischen Kollegen zu der Erklärung genötigt, jegliche Pläne in dieser Richtung würden Halter bereits ausstehender Staatsanleihen nicht betreffen. Denn auch wenn die irische Regierung im Moment gar kein neues Geld am Kapitalmarkt aufnehmen muss, gefährden die Kursverluste der Anleihen doch akut die Stabilität der Banken in Irland und in anderen Ländern.

Für Erste hat die Erklärung der Finanzminister zu einer Beruhigung geführt. Aber dem Dilemma entkommen sind sie damit nicht. Zum einen müssen sie nun offiziell erklären, was Angela Merkel und Wolfgang Schäuble gerade verhindern wollten: dass in Bezug auf ein eventuell noch nötig werdendes Rettungspaket für Irland allein die Partnerstaaten aufkommen müssen. Nicht die Banken, die den Schlamassel verursacht haben, oder die übrigen Investoren.

Zum anderen können sie dem Dilemma auch für die Zukunft nicht entgehen. Da man niemanden zwingen kann, bestimmte Anleihen zu kaufen, müssen die Europäer selbst die Zeche bezahlen, wenn sie die Anleihen eines Partnerlandes unattraktiver machen. Wenn ein Land vom europäischen Rettungsschirm aufgefangen worden ist, weil es sich am Markt nicht mehr refinanzieren kann, dann soll es ja möglichst bald wieder auf eigenen Füßen stehen. Einem hochverschuldeten Land wird das kaum gelingen, wenn auf jeder Anleihe der Warnhinweis prangt: „Der Finanzminister darf diese Anleihe nicht zum Nennwert zurückzahlen, wenn er irgendwelche Hilfen von seinen Partnerländern in Anspruch nehmen sollte.“ Deshalb müssen die Partnerländer die Finanzen des Problemfalls vor der Rückkehr an den Kapitalmarkt durchgreifend sanieren. Sie müssen dessen Verhundung senken, indem sie auf einen großen Teil ihrer Forderung verzichten, so dass es nur noch geringe Zweifel an der Kreditwürdigkeit des Landes geben kann.

Es gibt ohnehin kaum einen sachlichen Grund für die deutsche Initiative. Das Problem in Ländern wie Irland und Spanien war ja keinesfalls, dass sich die Regierungen aufgrund zu niedriger Zinsaufschläge zu stark verschuldet hätten. Irland verzeichnete vor der Krise Haushaltsüberschüsse. Es war vielmehr der private Sektor, vor allem die Banken, der sich zu viel Schulden aufzuladen. Später durfte er sie, weil man die Banken nicht pleitegehen lassen konnte oder wollte, auf den Staat abladen.

Um so etwas in Zukunft zu vermeiden, sind ganz andere Maßnahmen nötig: Das Finanzsystem und die Banken müssen mit durchgreifenden Maßnahmen sicherer und stabiler gemacht werden.

Norbert Häring



Der Autor ist Korrespondent in Frankfurt.
Sie erreichen ihn unter:
haering@handelsblatt.com

Verantwortlicher Redakteur der Meinungsseiten:
Thomas Hanke, Berlin. Sie erreichen ihn
Meinungsredaktion: E-Mail: hb.meinung@vhb.de
Adresse: Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf



Wachstumstreiber „Gute Laune“



Einmalzahlungen, vorgezogene Tariferhöhungen und viele offene Stellenangebote schüren den Optimismus. Das trägt den Aufschwung länger, als viele heute glauben.

Deutschlands Unternehmen übertreffen selbst die optimistischsten Erwartungen. Sie erwirtschaften nur ein Jahr nach der großen Krise schon wieder Rekordgewinne. Doch wenn es um Prognosen für die Zeit über das in sieben Wochen zu Ende gehende Jahr hinausgeht, dann mauern sie beharrlich. Niemand weiß, wie sich die Weltwirtschaft und das boomende China entwickeln werden, lautet die Devise bei vielen exportstarken Industriefirmen in ihren jüngsten Quartalsausblicken.

Doch es gibt rühmliche Ausnahmen. Der bislang mit Vorhersagen extrem vor-

sichtige Mischkonzern Siemens verbindet sein Rekordergebnis plötzlich mit einer Kampfansage an die Konkurrenz. Selbstbewusst blicken die Münchener nach vorn und wähnen sich auf gutem Weg, den Schwung in das nächste Jahr mitzunehmen und die Erträge weiter zu steigern.

Die Kehrtwende überrascht, denn bislang hatte Siemens, ebenso wie die meisten deutschen Großkonzern, die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte als noch nicht ausgestanden bezeichnet und den Boom nur als kurze Episode eingestuft. Die Chemiehersteller und vor allem die Autobauer haben zwar im Monatsrhythmus ihre Prognosen an, verweisen dabei aber fast entschuldigend auf die reißende Nachfrage aus China. Als ob es sich dabei um einen Lotteriegewinn oder einmaligen Ausrutscher handelt.

Kaum jemand wagt auf die Fortsetzung des gegenwärtigen Wirtschaftsbooms zu hoffen. Dazu passt aus Übersee die skeptische Analyse des weltgrößten Netzwerk-ausrüsters Cisco über die Geschäfte in Europa und den USA. Schon oft erwies sich der amerikanische IT-Konzern, dessen Chef John Chambers mehrere amerikanische Präsidenten beraten hat, als Trendsetter nicht nur für die Branche, sondern der gesamten Weltwirtschaft.

Zugegeben, nicht nur Cisco, auch viele europäische Unternehmen hegen viele berechtigte Zweifel an einer Fortsetzung des gegenwärtigen Booms. Dazu gehören die Sorgen über den Zustand der USA, der

WORTE DES TAGES



„Ehrlich gesagt, ich weiß nicht, wie sich der Markt entwickeln wird.“

AKIO TOYODA,
Toyota-Chef, zur Entwicklung der Elektroautos

„Ich habe einen Vertrag bis September 2012 und pflege Verträge einzuhalten.“

JÜRGEN GROSSMANN,
RWE-Chef

„Derzeit verzeichnen wir den höchsten Auftragsbestand aller Zeiten.“

ESTHER BAHNE,
Audi-Sprecherin

„Wer heute Fachkräfte will, muss auch bereit sein, fair zu bezahlen.“

PHILIPP RÖSLER,
Gesundheitsminister, zum wachsenden Mangel an Pflegekräften

„Ein Staat ohne Gerechtigkeit ist wie eine Räuberbande.“

BERTHOLD HUBER,
IG-Metall-Chef

Das war anders versprochen. „Ein neuer Anfang“ stand auf den Plakaten, mit deren Hilfe sie im Jahre 2005 erstmals Kanzlerin wurde. Sie hielt gepfefferte Reden wie diese: „Die staatlichen Institutionen sind teilweise ausgezehrt oder arbeiten sich in Bürokratie ab. Viele Einzelteile bewegen sich, aber das Ganze tritt auf der Stelle. In weiten Teilen der Gesellschaft, die Parteien schließe ich dabei ausdrücklich mit ein, fehlt der Wille zum Aufbruch.“

„Einst war sie die Winterkönigin der CDU“

Das wollte sie ändern. Das war ihr großes Versprechen. In ihr loderte die Sehnsuchts-energie eines Landes, das willig war, sich zu wandeln. Denn es hatte sich herumgesprochen, dass ein Sozialstaat, der auf der Kopfzahl von Kindern beruht, im Zeitalter der Kinderlosigkeit anders finanziert werden muss. Sie bot erst ihrer Partei, dann den Deutschen ein ungewöhnliches Tauschgeschäft an: Freiheit gegen Sicherheit, Zukunft statt Nostalgie, womit vor allem eine solide Sozialstaatsfinanzierung gemeint war.

Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“ nannte Angela Merkel, die Energiische, die für ihre Vorstellung von Zukunft auf dem Leipziger Parteitag eine fulminante Mehrheit erhielt, „die Winterkönigin der CDU“.

Seit sie das Kanzleramt bewohnt, gingen damit jeden Tag rund 1 200 CDU-Wähler verloren. Diese Wähler sind heute nicht rot, gelb oder grün, sie sind sauer.

Gabor Steingart



Einen neuen Anfang hat die Kanzlerin einst versprochen. Und nicht gehalten. Ihr Projekt „Mitte“ führt die CDU in die Mittelmäßigkeit.

Es gibt keine andere Schlussfolgerung als die: Der Zauber der Angela Merkel wirkt nicht mehr. Das Leisetreten und die Selbst-Sozialdemokratisierung haben sich nicht ausgezahlt. Das Projekt „Mitte“ führt mit großer Zielstrebigkeit in Richtung Mittelmäßigkeit.

Verspricht sie „Bürokratieabbau“, weiß der Kunde, dass nun wieder mit Papier gerechnet wird. Wenn sie einen „Herbst der Entscheidungen“ ankündigt, ahnt man, dass sie in Wahrheit meint: Wir schleppen uns weiter über die Runden. Sagt sie Gesundheitsreform, erwartet man sich dabei, wie man instinktiv an die Geldbörse greift. Erst letzte Woche schraubte sie die Beiträge wieder um 0,6 Punkte nach oben. Sechs Milliarden zusätzlich nimmt sie den Versicherungen ab. Selbst die Idee mit den „Gipfeln im Kanzleramt“, zu denen sie beinahe im Monatstakt einlädt, hat sich abgenutzt. Bildung, Islam, Ausländerintegration: Stets war die Teilnehmerliste so lang, wie das Ergebnisprotokoll kurz war.

„Habt ihr keine andere Tochter?“ fragte der König

Zumindest im Märchen der Gebrüder Grimm ging alles gut aus. „Das ist auch nicht die rechte“, sprach der König, „habt ihr keine andere Tochter?“ Er gab nicht eher Ruhe, bis Aschenputtel wieder die elegante Ballkleid trug, die er schätzten und lieben gelernt hatte.

Der König unserer Tage ist der Wähler. Er ist von Angela Merkel enttäuscht, aber er hat nicht mir ihr gebrochen. Er sucht weiter nach seiner Prinzessin. Vielleicht zieht sie, ihm zuliebe, noch einmal das Ballkleid an. Es hat ihr gut gestanden.

Der Autor ist Handelsblatt-Chefredakteur.
Sie erreichen ihn unter:
steingart@handelsblatt.com

KANZLERIN

Angela Aschenputtel

as Auffälligste an Angela Merkel ist nicht das, was sie tut, sondern das, was sie unterlässt. Unstrittig ist: Sie kann was. Aber genauso deutlich ist mittlerweile zu erkennen: Sie will nichts. Seltens hat ein Regierungschef so anspruchslos vor sich hinregiert: „Wir gehen unseren Weg“, sagte sie gestern im großen Interview vor dem Parteitag. Wohin dieser Weg führt oder auch nur führen sollte, verrät sie nicht.

Das war anders versprochen. „Ein neuer Anfang“ stand auf den Plakaten, mit deren Hilfe sie im Jahre 2005 erstmals Kanzlerin wurde. Sie hielt gepfefferte Reden wie diese: „Die staatlichen Institutionen sind teilweise ausgezehrt oder arbeiten sich in Bürokratie ab. Viele Einzelteile bewegen sich, aber das Ganze tritt auf der Stelle. In weiten Teilen der Gesellschaft, die Parteien schließe ich dabei ausdrücklich mit ein, fehlt der Wille zum Aufbruch.“

Einst war sie die Winterkönigin der CDU

Das wollte sie ändern. Das war ihr großes Versprechen. In ihr loderte die Sehnsuchts-energie eines Landes, das willig war, sich zu wandeln. Denn es hatte sich herumgesprochen, dass ein Sozialstaat, der auf der Kopfzahl von Kindern beruht, im Zeitalter der Kinderlosigkeit anders finanziert werden muss. Sie bot erst ihrer Partei, dann den Deutschen ein ungewöhnliches Tauschgeschäft an: Freiheit gegen Sicherheit, Zukunft statt Nostalgie, womit vor allem eine solide Sozialstaatsfinanzierung gemeint war.

Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“ nannte Angela Merkel, die Energiische, die für ihre Vorstellung von Zukunft auf dem Leipziger Parteitag eine fulminante Mehrheit erhielt, „die Winterkönigin der CDU“.

Seit sie das Kanzleramt bewohnt, gingen damit jeden Tag rund 1 200 CDU-Wähler verloren. Diese Wähler sind heute nicht rot, gelb oder grün, sie sind sauer.

EUROPA

Mehr Geld! Mehr Kompetenzen!

Jacques Delors



Die Gemeinschaft braucht eigene Finanzquellen, um unabhängig von Beiträgen einzelner Staaten kraftvoller auftreten zu können.

nanziert sich größtenteils durch die Beiträge der Mitgliedstaaten, die ängstlich reagieren und zu Haushaltsskürzungen geworben sind. Die Europäische Union braucht daher eine eigene Einkommensquelle, um den EU-Haushalt direkt und ohne Umweg über die nationale Ebene zu versorgen. Die Gründungsverträge sahen übrigens eine Einkommensquelle dieser Art vor. Die Regierungen sollten darin nicht fälschlicherweise eine Europa-Steuer sehen und diese der Öffentlichkeit als Schreckgespenst vorhalten.

Mit einer solchen Finanzquelle könnten der EU-Haushalt erhöht werden, was die nationalen Beiträge reduzieren würde. Die EU wäre damit in der Lage, im Klimaschutz (über eine CO2-Besteuerung) und in der Bekämpfung von finanziellen Verwerfungen (durch eine Transaktionssteuer) kraftvoller zu agieren.

Die Bürgerinnen und Bürger in Europa würden es nicht verstehen, wenn die Welt nach der Krise genauso aussähe wie vorher - nur mit weniger Wachstum und höherer Arbeitslosigkeit. Ein wachstumsorientierter EU-Haushalt mit einer neuen, eigenen Finanzquelle und einem ehrgeizigen Projektkontext ist wirtschaftlich und sozial unumgänglich und politisch von höchster Dringlichkeit.

Kann man aber mit den heutigen Ressourcen den Haushalt der EU ausbauen? Sicherlich nicht. Denn der europäische Haushalt fi-

nzialisiert sich nicht korrekt, weil der Vergleich zwischen einem nationalen Haushalt und dem europäischen Haushalt schlichtweg nicht möglich und damit demagogisch ist. Vergessen wir nicht, dass der Haushalt der Europäischen Union nur rund ein Prozent vom Bruttoinlandsprodukt beträgt. Zum Vergleich: In den USA liegt der Bundeshaushalt bei 25 Prozent.

Die Forderung nach einer Kürzung des EU-Haushalts steht im Widerspruch zum europäischen Interesse, weil Europa dadurch zu einer wirtschaftlichen Depression oder bestens Stagnation verurteilt wird. Die nationalen Regierungen müssen dieserzeit einen Sparkurs steuern, aber gerade dann muss der europäische Haushalt ein Instrument der wirtschaftlichen Belebung sein. Das gilt insbesondere angesichts der neuen, durch den Vertrag von Lissabon geschaffenen Kompetenzen der Union und ihrer extrem ehrgeizigen Ziele zur Förderung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.



Diskutieren Sie online mit der Redaktion über die Politik der Bundeskanzlerin unter: handelsblatt.com/debatte